

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 9

Artikel: Wohlüberlegte Hilfe des Westens nötig
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092726>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur Krise in Russland

Wohlüberlegte Hilfe des Westens nötig

Nachdem kein Zweifel besteht, dass der russische Präsident Boris Jelzin zurzeit der fähigste Politiker in Moskau ist, der die Restauration des kommunistischen Systems verhindern kann, versteht sich die westliche Bereitschaft von selbst, ihn politisch und wirtschaftlich massiv zu unterstützen. Wie man ihm aber wirksam unter die Arme greifen kann, ist nun eine äusserst schwierige Frage.

Es ist mehr als einmal schon klar geworden, dass sich die traditionelle Form der Hilfe, also der Transfer von Milliardenbeträgen in Waren und Dollars, hier als völlig untauglich erweist, denn es geht ja darum, Jelzin politisch zu stärken. Im Fall der traditionellen Hilfe aber fliessen die Waren und Gelder zwangsweise in die Wirtschaft, wo nach wie vor die alten Parteibonzen das Sagen haben, jene Kräfte, die die Unternehmen als ihren persönlichen Besitz betrachten und daher jeden Systemwechsel in Richtung Privatisierung verständlicherweise ablehnen. Die westliche Hilfe wird sogar in der Manipulermasse gegen Jelzin und seine Reformpolitiker verwendet oder versickert spurlos in der stark defizitären Wirtschaft.

Probleme unterschätzt

In der Euphorie über den inneren Zusammenbruch des Kommunismus haben es die massgebenden westlichen Regierungen bislang versäumt zu analysieren, vor welch enormen Problemen die dünne Schicht der Reformpolitiker in Russland — und in den anderen GUS-Staaten — steht und wie der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft am wirksamsten beeinflusst werden könnte.

Andererseits hat die westliche Hilfsbereitschaft schon unter Gorbatschow die Tatsache noch erschwert, dass selbst der Vater des sowjetischen Systemwechsels keine sichtbare Vorstellung hatte, wie seine Perestroika, der Umbau der kommunistischen Gesellschaft und Wirtschaft, bewerkstelligt werden sollte. Deshalb konnte der Westen Gorbatschow kaum gezielt helfen und dadurch seine Machtposition in Partei und Staat stärken. Seine mutlosen Reform-



Der (Wieder-)Aufbau der Wirtschaft in den Ländern des einst real existierenden Sozialismus gestaltet sich schwieriger als erwartet (Foto: Keystone).

schritte wurden vom Parteiapparat und von den Wirtschaftsführern entweder schlicht sabotiert oder falsch durchgeführt, um deutlich zu machen, dass ein Systemwechsel in der Sowjetunion ins wirtschaftliche Chaos führt.

Kritik am Westen

Jelzin hat zwar unzweideutig verkündet, dass er die Wirtschaft privatisieren und nach westlichem Muster total umkrempeln will. Aber er kennt sein Zielgebiet, die soziale Marktwirtschaft, ebensowenig wie seine Kampfgenossen auf dem Reformweg, die von dilettantischen westlichen Ostexperten beispielsweise zur Freigabe der Grundnahrungsmittelpreise ohne marktwirtschaftliche Voraussetzungen — genügend Ware und konkurrierende Hersteller — angeregt wurden.

So ist es denn kein Wunder, dass die Preise auf Betreiben der kom-

munistisch beherrschten Wirtschaftslenkung und der mit ihr Hand in Hand arbeitenden Mafia durch gesteuerten künstlichen Warenmangel binnen kurzer Zeit nach oben explodierten. Das Chaos und die Unzufriedenheit der Bevölkerung sind unter Jelzin nur noch grösser geworden.

Jelzins Fehler

Daraus wird klar, dass sich der russische Präsident keinesfalls in einer besseren Lage befindet als seinerzeit Gorbatschow. Zwar hat Russland aus den bekannten Gründen enorme wirtschaftliche Probleme. Doch Jelzins Schwierigkeiten sind primär von politischer Natur. Die hilfsbereiten westlichen Regierungen müssten daher bei ihren Aktivitäten berücksichtigen, dass, solange Jelzin nur eine beschränkte politische Macht besitzt, er die westliche Hilfe kaum zu seinen Gunsten wird einsetzen können.

Obwohl der russische Präsident direkt vom Volk gewählt worden ist, hat er nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 einen folgenschweren Fehler gemacht, als er den von Gorbatschow geerbten Kongress der Volksdeputierten und den daraus gewählten Obersten Sowjet als gesetzgeberisches Organ nicht sofort aufgelöst hat. Mit der Akzeptierung der beiden Körperschaften als Legislative und auch als Kontrollorgan für die Exekutive (Präsident und Regierung) hatten sich Jelzin und die Reformpolitiker in eine Falle manövriert, aus der sie sich nur mit einer neuen Verfassung befreien könnten — mit einem demokratischen Grundgesetz, das die Wahl eines vom Volk gewählten Parlaments vorschreibt.

Man kann jedoch kaum erwarten, dass der Kongress der Volksdeputierten, wo zu 80 % Bolschewiken teils im nationalen Gewand sitzen, mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung zugleich seine Selbstaflösung beschliesst. Das gilt auch für

den dritten Pol der gegenwärtigen pseudo-demokratischen Gewaltenteilung, für das Verfassungsgericht (Judikative), wo die Hüter der noch aus der Breschnew-Ära stammenden Verfassung mehrheitlich ebenfalls Kommunisten sind.

Heikle Ausgangslage

Im Hinblick auf diese Realitäten erscheint die Lage Jelzins beinahe aussichtslos. Auf legalem Wege kann er sich auch deshalb kaum durchsetzen, weil der Kongress für Jelzin auch die letzte Möglichkeit verhindert hat, sich am 25. April mit der entscheidenden Frage «Soll ich oder der Kongress regieren?» an das Volk zu wenden. Zur Entmachtung der Kommunisten bräuchte der russische Präsident deshalb die volle Unterstützung des Militärs und des KGB mit 400 000 Mann unter Waffen.

Diese zu erhalten ist äusserst schwierig, zumal die Mehrheit der Offiziere Jelzin für einen «Verräter» hält und ihn — zusammen mit Gorbatschow — für den Zerfall der Sowjetunion verantwortlich macht. Wenn aber der Präsident nur eine Spaltung der Armee und der Sicherheitskräfte bewirken kann, wäre ihm damit gar nicht geholfen. Im Gegenteil — vielmehr wären damit nur die Bedingungen für einen Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang geschaffen.

Persönliche Finanzhilfe

Wie könnte nun der Westen Jelzin und seiner Gefolgschaft in diesem gnadenlosen Machtkampf helfen? Der frühere amerikanische Aussenminister Henry Kissinger meint, es sei falsch, in Moskau auf einen einzigen Politiker zu setzen, wie es auch bei Gorbatschow geschah und jetzt bei Jelzin der Fall ist. In der Tat wäre es richtig, die Führer der Opposition gegen Jelzin anzusprechen, wie es die Amerikaner beispielsweise vor Parlamentswahlen in Deutschland, Frankreich oder in England tun.

Im Falle Russlands scheint jedoch die Sache keineswegs so einfach zu sein. Einer der Hauptvorwürfe der Kommunisten gegenüber Jelzin ist

dessen prowestliche Einstellung und politische Orientierung. So ist leicht anzunehmen, dass die stärksten Widersacher des russischen Präsidenten einer Einladung nach Washington kaum folgen würden. Der Gegensatz zwischen Reformern und Kommunisten in Moskau ist so gross, dass es kaum denkbar wäre, mit beiden Seiten gleichzeitig einen Dialog führen zu können, es sei denn, dass sich jemand aus dem Gegenlager Jelzins dafür anbietet. Für Jelzin selbst wäre hingegen eine westliche Aufwertung einer seiner Gegenspieler ausgesprochen schädlich.

Was die führenden westlichen Regierungen aber derzeit tun könnten, um Jelzins Machtposition am schnellsten zu stärken, das wäre vor allem eine massive Finanzhilfe persönlich für ihn, ein Hilfsfonds, den der Präsident nach Belieben verwenden dürfte. Mit Geld kann man heute in Russland viel bewirken, sogar politische Meinungen ändern.

Eigeninteressen vorrangig

Wer die Soziographie der russischen Führungsschicht einigermaßen kennt, der weiss, dass die alte politische Elite — Politiker, hohe Offiziere, Wirtschaftsbonzen usw. — aus im westlichen Sinne mittellosen Leuten besteht, deren «Wohlstand» mit ihren Ämtern verbunden ist. Werden sie abgesetzt oder entlassen, stürzt ihr Lebensstandard steil ab. Ihr zäher Kampf gegen alle Reformen ist nur in seltenen Fällen ideologisch motiviert. In Wirklichkeit geht es um die Erhaltung ihres privilegierten Lebens — wie es osteuropäische Erfahrungen reichlich belegen.

Jelzins derzeit mächtigsten Widersacher, Parlamentspräsident Chasbulatow und teilweise auch der russische Vizepräsident, Ruzkoj, haben ihre politische Karriere als überzeugte Reformer begonnen. Aber sie wechselten bedenkenlos ins Gegenlager, als sie sich dort bessere Zukunftschancen ausrechneten, oder waren sie vielleicht «gekauft»?

In Russland scheint heute beinahe alles möglich zu sein, nur eines nicht: mit massiven westlichen Geldspri-

zen zugunsten der russischen Wirtschaft — wie es zurzeit von Washington und Bonn geplant ist — die Machtposition Jelzins und der Reformpolitik zu festigen. Die westlichen Milliarden von Dollars als Projekthilfe würden in die russische Wirtschaft fliessen, die, wie gesagt, nach wie vor unter der Kontrolle von Jelzins politischer Opposition steht. Der Präsident kann davon kaum politisch profitieren, solange der Machtkampf nicht zu seinen Gunsten entschieden ist.

Naive Politiker?

Trotz eines ausgedehnten westlichen «Berater- und Beobachtungs-Tourismus» gibt es Verdachtsmomente, wonach sich die Entscheidungsträger der westlichen Hilfe im Machtchaos in Russland gar nicht auskennen. Jelzins Regierung hat nur eine sehr beschränkte Macht. Sie kann zwar Hilfsabkommen mit westlichen Regierungen oder Institutionen unter-

zeichnen, aber sie vermag nicht dahin zu wirken, dass die Versorgungslage der Bevölkerung damit spürbar verbessert oder der Schuldendienst termingerecht geleistet wird.

So ist die Absicht der sieben führenden Industrienationen (G-7-Gruppe), gelinde gesagt, völlig wirklichkeitsfern, das Hilfsmanagement für Russland dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu überlassen, der den westlichen Kredithahn zu öffnen nur dann bereit wäre, wenn die russische Notenbank bereit ist, seine Auflage für eine streng restriktive monetäre Stabilisierungspolitik zu akzeptieren — egal, wie die ohnehin an Kapitalmangel leidende russische Wirtschaft mit der vom IWF gewünschten inneren Geld- und Kreditknappheit fertig wird.

Die westliche Hilfsbereitschaft ist zweifellos lobenswert. Aber so kann man Jelzin nicht helfen. Im Gegenteil, damit verbaut man ihm nur seine Machtchancen. ■

Bestellschein für zeitbild

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- ☐ Geschenkabon zu sFr. 50.- (Preis für Abonnent/innen)
- ☐ für 2 Jahre zu sFr. 100.- (Ausland sFr. 120.-)
- ☐ Probenummern
- ☐ Jahresabo zu sFr. 59.- (Ausland sFr. 65.-)

Name und Vorname: _____

Beruf: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./Fax: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6